

# Obwaldner Zeitung

Freitag, 2. Juni 2017

AZ 6002 Luzern | Nr. 127 | Fr. 3.50 | € 4.- www.obwaldnerzeitung.ch



**Töffli weg!**  
Mit seinem roten  
Gefährt erlebte der  
Kantonsratspräsi-  
dent gestern sein  
blaues Wunder. 25

## Spardebatte zum Hochwasserschutz

**Obwalden** Angesichts der düsteren finanziellen Situation der Obwaldner Staatskasse versuchte die CVP gestern die Spardebatte auch auf das Wasserbauprojekt Sarneraa Alpnach auszuweiten und so mit politischem Druck für Kostentoptimierung zu sorgen. Dies aufgrund hoher Planungskosten. Das Parlament entschied schliesslich gegen den CVP-Sparantrag. Zu wichtig sei das Alpnacher Projekt für die Umsetzung des Gesamtprojektes mit Entlastungstollen in Samen. (cri) 23

## SP wehrt sich erfolglos

**Obwalden** Vorgestern wollte die FDP im Kantonsrat noch eine Sonderbehandlung für Reiche durchboxen: Wer genügend Geld hat, muss bei der Einbürgerung nicht gut Deutsch können – eine andere Landessprache reicht aus. Am gestrigen zweiten Sitzungstag liess sich erahnen, weshalb die Liberalen so viel Engagement an den Tag legten. Tatsächlich wurde, gegen den Willen der SP, ein in Lungern wohnhafter Franzose eingebürgert – ein ehemaliger Top-Manager. (ve) 25

## Paris-Abkommen aufgekündigt

**USA** Die USA verlassen das Pariser Abkommen zum globalen Klimaschutz. Das gab US-Präsident Donald Trump gestern in Washington bekannt. Er habe diesen Entscheid getroffen aus Rücksicht auf die US-Wirtschaft. Er werde versuchen, für sein Land einen besseren Vertrag auszuhandeln, sagte der US-Präsident.

Die USA würden ab sofort die nicht bindenden Teile des Pariser Abkommens nicht mehr befolgen. (sda) 6

# Maurer verärgert Gewerbe

**Firmensteuern** Sozialverträglicher und günstiger soll die Neuauflage der Steuerreform sein. Trotzdem regt sich bereits Widerstand gegen die Vorlage.

Roger Braun

Bundesrat Ueli Maurer sucht den Mittelweg. Nachdem die bürgerlich geprägte Unternehmenssteuerreform am 12. Februar vom Volk versenkt worden ist, macht die von ihm geleitete Arbeitsgruppe von Bund und Kantonen nun einen deutlichen Schlenker nach links.

Die Entlastungsmöglichkeiten für Unternehmen sollen deutlich abgeschwächt und die Steuerausfälle durch Mehreinnahmen aufgefangen werden.

Zusätzlich sollen die Kinder- und Ausbildungszulagen schweizweit auf mindestens 230 respektive 280 Franken erhöht werden.

### Nun kommt der Gegenwind von rechts

Damit versucht Maurer dem Eindruck entgegenzutreten, dass die Steuerreform nur den Firmen nütze, während der Mittelstand die Rechnung dafür bezahle. Mit den deutlichen Retuschen riskiert Maurer nun allerdings, dass ihm die Unterstützung der Wirtschaft und der Ratsrechten

wegbricht. Der Schweizerische Gewerbeverband kündigte bereits entschlossen Widerstand an. Direktor Hans-Ulrich Bigler sprach von einem «Affront gegenüber KMU und Familienunternehmen».

Vertreter der SVP kritisieren ebenfalls, dass die Kompromisse gegenüber der Linken zu weit gingen. Vizepräsident und Zuger Nationalrat Thomas Aeschi sagt, er könne grundsätzlich mit höheren Kinderzulagen leben, «aber nicht, wenn gleichzeitig die Dividendenbesteuerung erhöht wird

und die Steuerinstrumente zusammengestrichen werden».

### Schwerzmann sieht Verbesserungen

Zufrieden mit Maurers Plänen ist der Luzerner Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (parteilos). «Die Steuervorlage ist nun wesentlich schlanker, transparenter und sozialverträglicher.» Je nachdem, wie sich die Wirtschaft bis zur Umsetzung entwickelt, rechnet er mit zusätzlichen Mitteln von rund 30 Millionen Franken. *Kommentar 6. Spalte* 5

Kommentar

## Schädliches Zückerchen

**Nach dem Nein zur Unternehmenssteuerreform hat eine Arbeitsgruppe von Bund und Kantonen zügig einen Plan B vorgelegt.** Sie hat aus Fehlern gelernt und die Städte einbezogen. Die Vorlage trägt wichtigen Kritikpunkten Rechnung. Dass es eine Reform braucht, bestreitet kaum jemand. Unter Druck des Auslands muss die Schweiz Steuerregime abschaffen und mit Ersatzmassnahmen dafür sorgen, dass die Abgabenlast für die rund 24 000 betroffenen Firmen nicht explodiert.

Die von Ueli Maurer geleitete Gruppe kommt der Linken entgegen. Konzessionen sind angesichts des klaren Volksneins unumgänglich. Neue Steuerabatte sollen eingeschränkt, der umstrittenste Abzug gestrichen und die Dividendenbesteuerung erhöht werden. Diese Kröten sind einfacher zu schlucken, wenn alle Kantone rasch sagen, wie stark sie ihre Gewinnsteuern senken wollen.

Nur gut gemeint ist dagegen der Vorschlag, allen Kantonen auch höhere Kinderzulagen aufzuzwingen. Das droht kleine und grosse Firmen gegeneinander auszuspielen, indem das Gewerbe den Eindruck erhält, es zahle die Zeche für die Reform. Eine ausgewogene Vorlage hat auch ohne ein fragwürdiges Zückerchen eine Chance.



Tobias Gafafer  
schweiz@luzernerzeitung.ch

## Bald steigen auch Winnetou und Shatterhand in den Sattel



**Engelberg** Die Westernstadt und das Pueblo stehen, gestern haben die Proben für die Winnetou-Freilichtspiele begonnen. Auf ihre eigenen Pferde müssen Winnetou und Shatterhand allerdings noch zwei Wochen warten. 24

Bild: Philipp Unterschütz (Engelberg, 1. Juni 2017)



**Inhalt** Börse 15 Kultur 9 Rätsel 22 TV/Radio 20  
**Agenda** 41 Forum 36 Ratgeber 32 Todesanzeigen 39 Wetter 32

**Abonnemente** 041 429 53 53, E-Mail: leserservice@lzmedien.ch, **Internet** www.obwaldnerzeitung.ch  
**Redaktion** 0416629070, redaktion@obwaldnerzeitung.ch, **Inserate** 0414295252, inserate@lzmedien.ch

ANZEIGE

# offen

## PFINGSTMONTAG

Montag, 5. Juni  
9.00 – 18.30 Uhr

nummer 10